https://test.rtde.tech/inland/170141-impfverweigerung-siebzig-soldaten-aus-bundeswehr/ 16.5.2023

"Impfverweigerung": Siebzig Soldaten aus der Bundeswehr entlassen

Zahlreiche Soldaten verweigerten die Verabreichung der genbasierten Coronaimpfstoffe und nahmen dafür zum Teil erhebliche Strafen in Kauf. Nun wurde bekannt, dass siebzig Soldaten wegen "Impfverweigerung" aus der Bundeswehr entlassen wurden.

Die Bundeswehr hat bislang im Zusammenhang mit der Verweigerung der sogenannten "Corona-Schutzimpfung" siebzig Soldaten entlassen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage des CDU-Abgeordneten Tino Sorge hervor, über die das Springerblatt Welt berichtet. …….

Laut Welt sind zahlreiche Soldaten wegen der Verweigerung der Impfung verurteilt worden, meist zu Geldstrafen, in wenigen Fällen gab es auch Freiheitsstrafen auf Bewährung. Den Verweigerern drohen auch Disziplinarmaßnahmen, im äußersten Fall die Entfernung aus dem Dienst.

Der CDU-Mann Sorge, der gesundheitspolitischer Sprecher der Unionsfraktion ist, kritisierte die drastischen Maßnahmen. Die Soldaten unterliegen zwar einer Duldungspflicht, die ein eigenes Basisimpfschema umfasse, dennoch sei anzumerken:

"Es ist aber fragwürdig, wenn die Verweigerung der Corona-Impfung direkt zur Entlassung aus der Truppe führt."

Der Unionspolitiker lobte die mRNA-Impfung zwar als erfolgreich, stellte aber zugleich ihren Verbleib im Impfschema infrage:

"Die Impfung hat den Weg aus der Pandemie bereitet und Corona den Schrecken genommen. Das muss aber nicht bedeuten, dass sie für alle Zeiten Teil des Basisimpfschemas bleiben muss."

An der behaupteten Wirksamkeit der Impfstoffe gibt es erhebliche Zweifel. Mittlerweile berichten auch Mainstreammedien immer öfter über drastische Nebenwirkungen. ….

https://test.rtde.tech/meinung/170106-pandemievertrag-gewaehlte-volksvertreter-unterstuetzen-annaehernd/ 15.5.2023

Pandemievertrag: Gewählte Volksvertreter unterstützen annähernd komplett die Machtbefugnisse der WHO

Trotz der epochalen gesellschaftlichen Einschnitte in der Coronakrise unterstützen mehr als 90 Prozent der Abgeordneten den sogenannten WHO-Pandemievertrag. Dieser sichert der Organisation bei zukünftigen "medizinischen Ausnahmesituationen" außerordentliche und mehr als bedenkliche Sonderrechte zu.

Das finale Ergebnis einer Bundestagsabstimmung vom 12. Mai 2023 ist nüchtern betrachtet für kritische Betrachter der rund dreijährigen Coronakrise eine einzige Bestätigung. Das politische Berlin, inklusive der sogenannten gewählten Volksvertreter im Deutschen Bundestag, möchte unmittelbar keinerlei Lehren und Erkenntnisse aus den fatalen Fehlern der Jahre 2020 bis 2022 ziehen.

So wurde über den Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP mit dem Titel: "75 Jahre WHO – Stärkung und Reform der Weltgesundheitsorganisation" (Drucksache 20/6712), wie folgt abgestimmt:

"Von 736 möglichen Stimmabgaben waren 146 Abgeordnete der Teilnahme ferngeblieben. Von den 590 Anwesenden stimmten bei 25 Enthaltungen und 68 Neinstimmen alle Teilnehmenden mit Ja. Die Enthaltungen kamen aus den Reihen der Partei Die Linke."

Die Neinstimmen kamen geschlossen von der AfD sowie zwei Fraktionslosen und einem Abgeordneten der Unionsfraktion. In der Einleitung des Antrags der Ampelkoalition heißt es "feststellend":

"Der Deutsche Bundestag stellt fest: Gesundheit ist der Zustand des vollständigen körperlichen, psychischen und sozialen Wohlbefindens und nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit und Gebrechen – so definiert die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in ihrer Verfassung den Begriff Gesundheit und daran richtet die Organisation seit nunmehr 75 Jahren ihre Zielsetzung und Aktivitäten aus (Präambel der Verfassung der WHO 1948)."

Die weiterhin zögerliche und mehrheitlich als überflüssig empfundene Aufarbeitung der jüngst intensivsten, temporären Ausnahmesituation und Gesellschaftskrise in Deutschland nach 1945 resultierte nachweislich auch durch die rigiden Vorgaben der vermeintlich fürsorglichen "Zielsetzung und Aktivitäten" der WHO im Zeitraum 2020 bis 2022. Das Abstimmungsergebnis stellt damit einen weiteren symbolischen Schlag in das Gesicht der Opfer dieser nötigenden, bizarren Lebensphase von Millionen Bürgern im Land dar.

Vermeintlich fehlen der WHO laut dem Antrag "kalkulierbare und flexible Mittel, um ihre Führungsrolle in der globalen Gesundheitspolitik auszufüllen, die notwendige Expertise bereitzustellen und adäquat auf akute Notlagen reagieren" zu können. Decodiert geht es im kommenden Pandemievertrag dabei nicht nur um eine "adäquate" gesicherte finanzielle Ausstattung, sondern – und das ist der wesentliche Kritikpunkt besorgter Menschen – auch um zukünftige forcierte machtpolitische Interventionsbefugnisse für kommende "Ausnahmesituationen". Das entspricht Machtbefugnissen bis in individuelle Staatsgebilde hinein, also eine übergeordnete Verordnungsautorität in Bezug von Gesetzesmaßnahmen. In der politischen Beamtensprache nennen sich die Vorgänge dann recht harmlos klingend "Ausweitung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV)".

Die Pläne lauten nun, dass die Befugnisse der WHO zukünftig so ausgereizt werden können, dass jederzeit nach individuellen Vorstellungen "unabhängiger WHO-Verantwortlicher" zum Beispiel ein

Pandemie-Ereignis ausgerufen werden kann. Darüber können dann von und/oder in allen verorteten Staaten "therapeutische Massenmaßnahmen" den Menschen gegenüber verpflichtend vorgeschrieben werden.
Besonders sticht hierbei Artikel 13 A, Absatz 1, des WHO-Pandemievertrags ins Auge:

"Die Vertragsstaaten erkennen die WHO als die leitende und koordinierende Behörde für internationale Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit während einer gesundheitspolitischen Notlage von internationaler Tragweite an und verpflichten sich, die Empfehlungen der WHO bei ihren internationalen Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit zu befolgen."……

https://norberthaering.de/news/entschliessungsantrag-who/ 11.5.2023

(BK: M.E. nach die ausführlichste Analyse)

Die Koalitionsparteien wollen die nationale Souveränität zugunsten einer Weltgesundheitsregierung aufgeben

……..

Um allerdings zu verstehen und zu beurteilen, was in dem ziemlich wolkig formulierten Entschließungsantrag steht – und vor allem nicht steht -, ist wichtig zu wissen: Ein aus einer Auswahl von Vertretern der Mitgliedsländer der WHO zusammengesetzter Prüfungsausschuss hat im Februar die Vorschläge zur Verschärfung der internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) abgelehnt, wie sie insbesondere von den USA mit Unterstützung der EU und einiger anderer Länder vorgeschlagen wurden.

Hauptgegenargument des Gremiums war, dass die Reformen die Souveränität der nationalen Regierungen untergraben würden. Das würde unter anderem dadurch geschehen, dass die „Empfehlungen" der WHO bindenden Charakter bekämen und deren Einhaltung von einem Dringlichkeitsausschuss überprüft würde. Die Regierungen sollen sogar

dafür sorgen, dass auch nichtstaatliche Akteure die IHR einhalten, was häufig gegen nationales Recht verstoßen dürfte.

Anlauf zur WHO-Gesundheitsdiktatur durch IHR-Reform scheitert – Faktenchecker bloßgestellt
12. 02. 2023 | Am 6. Februar hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stillschweigend den Abschlussbericht eines Prüfungsausschusses über die Vorschläge zur Verschärfung der internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) veröffentlicht. Die Kommission, die aus Vertretern einer größeren Anzahl von Mitgliedsländern der WHO besteht, lehnt eine Reihe von Vorschlägen ab, die darauf hinauslaufen würden, die Mitgliedsländer zugunsten der WHO zu entmachten.

…..

Was fehlt

Am meisten lernt man dabei, wenn man sich auf das konzentriert, was nicht in dem Dokument steht:

Das Wort Souveränität kommt in dem Entschließungsantrag für den Bundestag nicht vor, weder wörtlich noch sinngemäß.

Menschenwürde und Grundrechte kommen nicht vor, weder wörtlich noch sinngemäß.

Gesundheitspässe und freies Reisen kommen nicht vor, weder wörtlich noch sinngemäß.

Der WHO-Prüfungsausschuss und seine Kritik an den Vorschlägen zur IHR-Reform kommt in der Darstellung des Standes des Reformprozesses nicht vor. Die Darstellung hört einfach im Dezember 2022 auf.

Indem der Entschließungsantrag sich zu allen Kritikpunkten ausschweigt, die gegen die geplanten Reformen vorgebracht werden, und diesen nicht einmal Lippenbekenntnisse zu Souveränität, Freiheit und Grundrechten

entgegensetzt, macht er sich implizit diese Reformen in ihrer radikalsten Ausprägung zu eigen.

Was drinsteht

Dieser Eindruck wird verstärkt durch das, was in dem Dokument steht. „Der Bundestag möge beschließen", heißt es da:

„Um den internationalen Erwartungen an die Organisation [WHO]gerecht zu werden, braucht es Reformen sowie politische, personelle und finanzielle Unterstützung. Deutschland setzt sich für die Stärkung der Organisation ein und unterstützt daher den Reformprozess zur Verbesserung ihrer Strukturen und ihrer Kernkompetenzen. (…) Es ist erforderlich, dass die beiden Prozesse zur internationalen Regulierung der Bewältigung von Pandemien die leitende Rolle der WHO in der Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion berücksichtigen und stärken. So könnten die laufenden Verhandlungen zu einem Pandemieabkommen oder -instrument im Rahmen der WHO und die Reform der IGV dazu beitragen, die Durchsetzungsfähigkeit sowie Unabhängigkeit der WHO im Falle einer Gesundheitskrise zu verbessern."

……

https://pleiteticker.de/oesterreich-bundesland-legt-entschaedigungsfonds-fuer-corona-massnahmen-auf/ 16.5.2023

Österreich: Bundesland legt Entschädigungsfonds für Corona-Maßnahmen auf

Niederösterreich will die Folgen der Corona-Pandemie mit 31,3 Millionen Euro abfedern.

Es geht auch und vor allem um die politischen und sozialen Folgen.

Maßnahmen wie Impfpflicht und Fernunterricht seien überzogen und polarisierend gewesen, meint die konservative Landeschefin.

Das österreichische Bundesland Niederösterreich plant die Einführung eines 31,3 Millionen Euro Fonds, um die politischen und sozialen Folgen der Pandemie zu bewältigen. Darin enthalten ist die Rückerstattung von etwa 700 vom Verfassungsgerichtshof aufgehobenen Strafen im Zusammenhang mit Corona-Maßnahmen, so die Ankündigung der konservativ-rechten Landesregierung am Dienstag in St. Pölten.

Udo Landbauer, stellvertretender Ministerpräsident und Mitglied der FPÖ, erklärte, dass nun „Gerechtigkeit durch das Land weht". Er verspricht „Hoffnung, Wiedergutmachung und Gerechtigkeit" anstelle von „Angst und Diskriminierung".

Die Annullierung der Strafen war eine Hauptforderung der FPÖ, als sie im März eine Koalition mit der konservativen ÖVP in Niederösterreich einging.

Laut Landeshauptfrau (Ministerpräsidentin) Johanna Mikl-Leitner von der ÖVP sind für die Rückerstattung der Strafen lediglich etwa 200.000 Euro vorgesehen, wie sie auf einer Pressekonferenz in St. Pölten erklärte. Der Hauptteil des Fonds soll Menschen mit physischen und psychischen Langzeitfolgen von Covid-19 zugutekommen, ebenso wie Schülernachhilfe und nachzuholende Klassenfahrten.

*Mikl-Leitner bemerkte, dass einige Maßnahmen wie Impfpflicht und Fernunterricht „überzogen und polarisierend" gewesen seien. Diese hätten zu „Rissen und Gräben in der Gesellschaft" geführt, die nun angegangen werden müssen.

*vgl. dazu diese Meldung:

https://t.me/stefanmagnet/2063 17.3.2023

In Niederösterreich wird heute eine Koalition aus ÖVP und FPÖ bekannt gegeben. Alle schauen gespannt auf die Details, die heute verkündet werden sollen.

Dass die Impf-Fanatikerin Mikl-Leitner (ÖVP) plötzlich eine Aufarbeitung der Impf-Verbrechen fordert und sich damit selbst ins Visier der Ermittlungen bringt, ist ausgeschlossen. Was also soll sich geändert haben? Warten wir ab.

Fest steht jetzt schon: Wer mit Politikern lächelnd zusammenarbeitet, die maßgeblich beteiligt waren einen Impfzwang durchzusetzen, der legitimiert deren Vorgehen. Der sendet ein falsches Signal, denn er zeigt an, dass eine Corona-Aufarbeitung nicht stattfinden muss. Dass stattdessen weitergemacht werden kann, wenn nur eine scheinheilige Entschuldigung in die Kameras gesagt wird.

Ich habe in der gestrigen "Corona-Lage" Sendung (https://auf1.tv/stefan-magnet-auf1/ab-in-den-knast-die-corona-luege-bricht-oeffentlich-zusammen) aufgezeigt, dass schwerste Verbrechen im Raum stehen. Mit einem "sorry" werden sich die Verantwortlichen nicht aus der Verantwortung ziehen können. Und jeder, der die Taten verharmlost oder deckt, muss sich die Frage gefallen lassen, welche Rolle er nun eingenommen hat?

https://report24.news/bericht-maschinelle-beatmung-schuld-an-vielen-covid-toten/?feed_id=30545 15.5.2023

Bericht: Maschinelle Beatmung Schuld an vielen “Covid-Toten”

Ein neuer Bericht zu einer Untersuchung in den Vereinigten Staaten bezüglich des Einsatzes von Beatmungsgeräten in der Frühphase der Plandemie kommt zu einem vernichtenden Ergebnis. Fast alle der beatmeten Patienten verstarben an einer sekundären bakteriellen Lungenentzündung wegen dieser Maschinen.

Die Zahl der Covid-Toten muss wohl offiziell weiter heruntergesetzt werden. Zumindest was jene Patienten anbelangt, die wegen einer Infektion mit SARS-CoV-2 gerade in den ersten Monaten an Beatmungsgeräte angeschlossen wurden. Nachdem in Deutschland jüngst Zahlen veröffentlicht wurden, nach denen mindestens 20.000 Menschen

in der “Pandemie” infolge falscher Beatmung verstorben sein dürften (Report24 berichtete), legt ein neuer Bericht, der bei “Science Alert” veröffentlicht wurde, nach: Demzufolge starben die meisten der mechanisch beatmeten Covid-Patienten nicht an einem Zytokinsturm (also einer Welle von Entzündungen infolge einer Überreaktion des Immunsystems) und eines daraus resultierenden multiplen Organversagens. Vielmehr, so Untersuchungen, waren sekundäre bakterielle Lungenentzündungen infolge der mechanischen Beatmungen die Ursache für die vielen Todesfälle. …..

https://transition-news.org/turiner-gerichtsurteil-impfpflicht-ist-rechtswidrig 9.5.2023

Turiner Gerichtsurteil: Impfpflicht ist rechtswidrig

Eine suspendierte, impffreie Leiterin der lokalen Gesundheitsbehörde wird entschädigt.

Eine weitere positive Nachricht für italienische Arbeitnehmer, die durch die Impfpflicht diskriminiert wurden. Diesmal ist es das Arbeitsgericht Turin, das dem suspendierten Gesundheitspersonal Gerechtigkeit widerfahren lässt, berichtet Byoblu.

In einer Entscheidung vom 3. Mai 2023 erhält eine Mitarbeiterin der piemontesischen Gesundheitsbehörde Schadensersatz, die Erstattung der Prozesskosten und vor allem die Bestätigung der Unrechtmässigkeit der Verpflichtung.

Dies ist nicht das erste und wird vermutlich auch nicht das letzte Urteil sein, das die Auffassung des Verfassungsgerichts widerlegt, die Impfpflicht für das Gesundheitspersonal sei verfassungskonform gewesen. Florenz, Pisa, Ivrea, Neapel: immer häufiger geben die Richter denjenigen Recht, die den Mut hatten, sich trotz Erpressung nicht impfen zu lassen.

Der Fall von Turin ist allerdings von besonderer Bedeutung, wie Byoblu anmerkt. Die Betroffene ist nämlich Leiterin der regionalen

Gesundheitsbehörde. Absurd dabei: Ihr Gehalt wurde gekürzt, obwohl sie Aufgrund einer Krankheit von der Arbeit fernbleiben musste. Wie Byoblu anmerkt, konnte sie somit, da sie ihre Wohnung nicht verliess, «keinen Schaden anrichten, ob «geimpft» oder nicht. Das Portal kommentiert:

«Nach der perversen Logik des Systems ist es jedoch immer und in jedem Fall ein Fehler, sich gegen die Impfpflicht ausgesprochen zu haben, und jeder Widerspruch tritt somit in den Hintergrund. Wenn man dann noch bedenkt, dass es sich bei der betreffenden Person um eine Angehörige der Gesundheitsberufe handelt, noch dazu um eine leitende Angestellte, kann die Strafe nur exemplarisch sein.»

Der Richter erklärte jedoch:

«Im Namen des italienischen Volkes stellt das ordentliche Gericht der Turiner Arbeitsabteilung die Unrechtmässigkeit der Suspendierung fest.»

https://report24.news/gefaehrliches-chargen-roulette-chemiker-fordern-erklaerung-von-biontech-fuer-variierende-nebenwirkungen/ 15.5.2023

Gefährliches Chargen-Roulette? Chemiker fordern Erklärung von BioNTech für variierende Nebenwirkungen

Eine Gruppe von Chemie-Professoren, die sich schon in der Vergangenheit immer wieder mit kritischen Fragen zur Impfstoffsicherheit und Qualitätskontrolle an BioNTech und das Paul-Ehrlich-Institut wandte, hat einen weiteren Brief an Ugur Sahins Unternehmen verfasst: Die Professoren verlangen eine Erklärung für die unterschiedlichen Nebenwirkungen bei einzelnen Impfstoff-Chargen. Die Fragestellungen der Wissenschaftler weisen erneut auf ein umfassendes regulatorisches Versagen bei der Kontrolle der experimentellen Covid-Vakzine hin – mit fatalen Folgen für viele Impflinge.

Die Chemiker beziehen sich in ihren Ausführungen auf eine dänische Studie, die deutliche Unterschiede beim Auftreten von mutmaßlichen Nebenwirkungen bei unterschiedlichen Impfstoff-Chargen des BioNTech /

Pfizer-Vakzins feststellte. Die Website der "Mediziner und Wissenschaftler für individuelle Impfentscheidung", die über die kritische Arbeit der Professoren auf dem Laufenden hält, berichtete am 20. April: .....

Eine kürzlich publizierte Analyse von bevölkerungsbezogenen Daten zu SAE=suspected adverse events nach BNT-162b2 mRNA covid-19 Impfung (Comirnaty) zeigt eine hohe Variabilität des Auftretens von SAEs gemäß verschiedener Impfstoff-Chargen.

.....

Entgegen der Erwartung einer homogenen Verteilung der SAEs (Suspected Adverse Events) nach untersuchten Chargen wurde stattdessen eine sehr hohe Variabilität zwischen den Impfstoff-Chargen festgestellt.

.....

Diese Thematik greifen die Chemiker auch in ihrem aktuellen Schreiben abermals auf, indem sie feststellen: „Uns scheinen die nach unserer Kenntnis von der Europäischen Arzneimittel-Behörde (EMA) festgelegten Toleranzbereiche für alle Wirk- und Hilfsstoffe unverhältnismäßig hoch zu sein."…..

https://pleiteticker.de/fahrradrennen-fuehrt-nach-corona-faellen-maskenpflicht-wieder-ein/?_gl=1*tvgen*_up*MQ..*_ga*MTgzNjE1NTMzNC4xNjg0MjA4ODgx*_ga_8Q6BD4QX2S*MTY4NDIwODg4MC4xLjAuMTY4NDIwODg4MC4wLjAuMA
15.5.2023

Fahrradrennen führt nach Corona-Fällen Maskenpflicht wieder ein

Die Organisatoren des Fahrradrennens Giro d'Italia reagieren auf Corona-Fälle unter den Radprofis und führen die Maskenpflicht erneut ein.

Der belgische Spitzenreiter und Weltmeister Remco Evenepoel wurde positiv getestet und musste aus dem Rennen aussteigen.

Es gab bereits mehrere positive Testergebnisse während des Giro, weshalb die Organisatoren nun verstärkte Maßnahmen ergreifen und Corona-Tests für die Teams anbieten.

Die Veranstalter des Fahrradrennens Giro d'Italia haben auf die Ausbreitung von Corona-Fällen unter den Radprofis reagiert und die Maskenpflicht erneut eingeführt. Direktor Mauro Vegni kündigte dies am Montag an. Zuvor war der belgische Spitzenreiter und Weltmeister Remco Evenepoel positiv getestet worden und daraufhin aus dem Rennen ausgestiegen.

„Das bisherige Protokoll ist hinfällig, da ich nicht davon ausgehen kann, dass es keine weiteren unentdeckten Fälle gibt. Wir werden die Maskenpflicht wieder einführen", sagte Vegni der „Gazzetta dello Sport". Demnach müssen diejenigen, die in direktem Kontakt mit den Fahrern stehen, wie beispielsweise beim Start und Ziel, wieder Masken tragen. Zudem müssen alle Teilnehmer des Rennens eine Maske tragen, wenn sie mit den Fahrern in Berührung kommen. …..

https://tkp.at/2023/05/13/us-gericht-verurteilt-fda-zur-veroeffentlichung-von-180-000-seiten-pro-monat-ueber-nebenwirkungen-der-moderna-und-pfizer-c19-vakzine/ 13.5.2023

US-Gericht verurteilt FDA zur Veröffentlichung von 180.000 Seiten pro Monat über Nebenwirkungen der Moderna und Pfizer C19-Vakzine

…..Im Januar 2022 wurde dennoch Gerichtsbeschluss erwirkt, der die FDA zwingt, alle Daten über den Covid-Impfstoff von Pfizer für Personen ab 16 Jahren mit einer Geschwindigkeit von 55.000 Seiten pro Monat vorzulegen, im Gegensatz zu den 75 Jahren Zeit dafür, die die FDA gefordert hatte. Diese Lieferungen sollte demnächst abgeschlossen sein.

In einem zweiten Verfahren hat derselbe Richter die FDA angewiesen, die Dokumente vorzulegen, auf die sie sich bei der Zulassung des Covid-Impfstoffs von Moderna UND des Covid-Impfstoffs von Pfizer für 12- bis

15-Jährige gestützt hat, und zwar durchschnittlich mindestens 180.000 Seiten pro Monat.

In dieser zweiten Klage, diesmal ebenfalls im Namen der Eltern von Maddie de Garay, einem jungen Mädchen, das in der klinischen Studie von Pfizer für 12- bis 15-Jährige schwer verletzt wurde, erklärten die Anwaltskanzlei dem Gericht die Bedeutung einer rechtzeitigen Produktion. Wieder einmal behauptete die FDA, dass es "unpraktisch" wäre, die geschätzten 4,8 Millionen Seiten mit mehr als 1.000 bis 16.000 Seiten pro Monat oder, mit anderen Worten, mindestens 23,5 Jahre lang herauszugeben. …..

https://www.afd-landtagsfraktion-niedersachsen.de/meldeportal-impfschaeden/

Meldeportal für Impfschäden

…..Corona und die Folgen – die AfD Landtagsfraktion im niedersächsischen Landtag setzt sich auf parlamentarischer Ebene für Sie ein!

Unsere Fraktion hat bereits mehrere Initiativen gestartet. Nicht zuletzt wurden dadurch die Entscheider in diesem Land dazu gebracht überflüssige und unverhältnismäßige Maßnahmen zurück zu nehmen. Auch konnten wir durch gezielte Anfragen so manches Licht ins Dunkel bringen (siehe unten).

Doch das ist nicht das Ende. Vermehrt klagen Menschen über Impfnebenwirkungen und dauerhafte Beschwerden. Damit wir die Beschwerden bündeln, und anhand ausgewerteter Daten, Ansatzpunkte für sinnvolle und helfende parlamentarische Initiativen haben, gibt es jetzt hier ein Meldeportal für Impfschäden.

Kampf für Menschen mit Impfschäden nach Corona-Impfung!

Wir, die AfD Landtagsfraktion Niedersachsen, sind für Sie da: mit Ihrem gesundheitspolitischen Sprecher, dem langjährigen Chefarzt Neurologie

MUDr.PhDr. /Univ.Prag Jozef Rakicky, der im Landtag Niedersachsen für die Einrichtung von spezialisierten Ambulanzen, für genau diese Impfschäden kämpft. …..

https://report24.news/japanische-studie-influenza-impfung-schuetzt-nicht-vor-hospitalisierung-und-tod/?feed_id=30501 13.5.2023

Japanische Studie: Influenza-Impfung schützt nicht vor Hospitalisierung und Tod

Ähnlich wie bei der Covid-Impfung ist jene gegen die Influenza faktisch wirkungslos, weil sie gegen sich ständig mutierende Viren einfach keine Chance hat. Dies zeigt eine japanische Studie unter mehr als 83.000 Senioren. Was bleibt sind Nebenwirkungen und fette Profite für Big Pharma.

Wie Report24 bereits vor einiger Zeit unter Berufung auf virologische Tatsachen berichtete, sind wirksame Impfungen gegen sich ständig mutierende Viren faktisch unmöglich. Dies liegt an der Wirkungsweise unseres Immunsystems. Nun bestätigt eine japanische Studie unter Senioren, dass die ständigen Grippe-Impfungen im Endeffekt völlig für die Katz' sind (Duration of influenza vaccine effectiveness in the elderly in Japan: A retrospective cohort study using large-scale population-based registry data). ……..

https://t.me/coronainfoschweiz/6098 30.10.2022

**Ein Hearing des Covid-Ausschusses im EU-Parlament macht es endgültig klar: Zum Zeitpunkt der Notzulassung des Impfstoffes lagen keine Daten darüber vor, ob die Übertragung des Virus durch Geimpfte wirksam verhindert wird, eine Annahme, die die Grundlage strikter Corona-Massnahmen in vielen Ländern wurde.

Der EU-Abgeordnete Rob Roos forderte die Pfizer Marketingleiterin Janine Small auf, die Fakten im Klartext zu benennen. Und er erhielt eine überraschend klare Antwort